

Bezugspreis:

Wochenblatt 4,75 M., monatl. 2,25 M. ...

Der „Vorwärts“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags ausnahmslos.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Anzeigenpreis:

Die achtseitige Anzeigenzeile ...

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Mittwoch, den 4. Dezember 1918.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Wilson's Rede vor dem Kongreß.

Amsterdam, 3. Dezember. Der ausführliche Text der ...

Wir werden uns jetzt wieder den ...

Aufgaben des Friedens

Ein Friedens, der gegen die Gewalt unverantwortlicher ...

Wilson sagte ferner: In dem Augenblick, wo wir ...

möglich und im Verlaufe des Wochen in immer weitergehender ...

Wilson kam sofort auf die zum Zwecke der Kriegsorganisa- ...

Wilson sprach dann über die zu treffenden Maßnahmen, um ...

Für die Stabilisierung und Erleichterung des Wiederaufbaues ...

(Der Schluß der Rede liegt noch nicht vor.)

Industrialisierung der Landwirtschaft.

Schaffung von Arbeit, Nahrungsmitteln und wirtschaftlichen Werten.

Wir veröffentlichen die folgenden Ausführungen als ...

Die deutsche Landwirtschaft war vor dem Kriege auf dem ...

Bei der jetzigen wirtschaftlichen Notlage wird also die so- ...

Vermutlich braucht ein Zwang einen so guten sich dar- ...

Es ist bekannt, daß bis zum Beginn des Krieges Millionen ...

Sogar haben sich verschiedene Siedlungsvereine mit ...

Schließlich muß noch ein für die Industrialisierung dieser ...

Waffenstillstand in der Ukraine.

Genetik Oberbefehlshaber.

Kiew, 3. Dezember. Zwischen dem deutschen Oberkommando ...

Die Zeitungen bringen eine Mitteilung des Generals ...

Verhaftung des deutschen Generalkonsuls in Lemberg.

Warschau, 3. Dezember. (Nachung der Telegrafischen ...)

Die Waffenstillstandskommission.

Ein französischer General nach Berlin - Die Besetzung ...

Demnächst wird der französische General Dupont sich nach ...

Besüglich der Waffenstillstandskommission von feindlicher ...

Ungarn die feindlichen Teile der Armee seien vom 19. November ...

In der Waffenstillstandskommission haben gegenüber den ...

Die Besetzung der Großstädte in den von den Alliierten zu ...

Nach eingehender Vereinbarung werden die Städte Frank- ...

Posen huldigt der Entente.

Polnische Nationalfeier.

Posen, 3. Dezember. Der Landtag wurde vorgestern durch eine ...

mittel erwähnt werden, nämlich die Elektrifizierung, die durch die überaus starke Verbreitung von elektrischen Kraftzentralen bestens vorbereitet, aber bei weitem noch nicht genügend eingeführt ist. Gar viele Landwirte wissen weit besser mit Politik, besonders mit der Landwirtschaft als mit elektrischen Problemen umzugehen, wie man sich leicht überzeugen kann, und deshalb mag es angezeigt sein, die Verwendungsmöglichkeiten kurz anzuführen. Die wichtigste Aufgabe ist für die pflanzliche Entwicklung und für die Tierhaltung das Pumpen und Verteilen von Wasser, Bewässerung, Tränk- und Spülzwecke, das oft noch durch Menschenkraft erfolgt. Das auch elektrisch gepflügt werden kann, braucht wohl nur angedeutet zu werden, während nicht so bekannt ist die Verwendung von elektrischem Strom zum Betriebe von Dreschmaschinen, Futterhäckseln, Reinigungsapparaten und den zu Hefebetrieben nötigen Kreisläufen, Aufzügen und der nötigen bequemen und feuergefährlichen Beleuchtung. Um dem Einwande der nicht überall erhältlichen elektrischen Kraft zu begegnen, sei erwähnt, daß alle genannten Arbeiten durch Lokomotiven sowie Motoren von Kraftfahrzeugen ausgeführt werden können, die jetzt in Hülle und Fülle aus dem Felde kommen und billig zu haben sind. Für alle diese maschinellen Betriebe sind in jedem Dorfe Handwerker anzufinden, die Reparaturen rasch und preiswert ausführen und nötigenfalls technische Anleitungen geben.

Nur durch Kreis- oder Provinzialverbände lösbar ist die elektrische Beförderung, wofür ebenfalls durch die jetzt immerwährenden Militärfeldbahnen günstige Vorbedingungen gegeben sind, da Wagen und beim Fehlen von Strom, auch kleine Lokomotiven genügend vorhanden sind. Die Wichtigkeit guter Transportbedingungen ist so erheblich, daß allgemein der Bau solcher Bahnen, nötigenfalls auf oder neben den Landstraßen, sofort einzusetzen muß, wobei große Mengen menschlicher Arbeitskräfte unterzubringen sind. Zusammenfassend: Sofortige Vorbereitung von Gemüse- und Obstgärtnerien durch Bereitstellung aller nicht bebauten und etwa aufzuteilenden größeren Güter, Erwerb und Anpassung der aus Militärbedarf freierwerdenden Lokomotiven, Kraftfahrzeuge, Verteilung von künstlichem Dünger an landwirtschaftliche und gärtnerische Betriebe, Herstellung von Bewässerungsanlagen, Wegen, Kleinbahnen, Häfen und Gebäuden.

Einheitliches Vorgehen im Reiche mittels Organisation durch die Staatsbehörden ist nötig!

Ankunft der englischen Kommission in Wilhelmshaven.

Berlin, 3. Dezember. Die englische Kommission in deutschen Häfen trifft am 3. Dezember in Wilhelmshaven ein. Die Verhandlungen werden von deutscher Seite durch Konteradmiral Goette geführt.

Die Kommission für Abgabe der beschlagnahmten Schiffe setzt sich deutscherseits aus Mitgliedern des Reichsmarineamts, Reichswirtschaftsamts usw. zusammen. Da es sich um etwa 100 Schiffe handelt, werden die Verhandlungen einige Zeit in Anspruch nehmen. Die Abgabe der Schiffe soll nach Möglichkeit beschleunigt werden. Zur Klärung der Grundfragen wird sich ein Vertreter des Reichsmarineamts nach Wilhelmshaven begeben und sich mit der Flotte und dem englischen Admiral Browning ins Benehmen setzen.

Franzosen in Preßburg.

Eine Stunde vor Wien.

Wien, 3. Dezember. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) In Preßburg erschien gestern nachmittags ein französischer Oberleutnant und erklärte, er sei als Quartiermacher für ein Detachement bestimmt, das in den nächsten Tagen Preßburg besetzen werde. Er ging in das Palais des Erzherzogs Friedrich, besichtigte es und bezeichnete die Zimmer, in denen der Kommandant, 20 Offiziere und 40 Mann untergebracht werden sollen. Dieses Kommando wird demnächst in Preßburg eintreffen und dann für die Unterbringung weiterer Mannschaften sorgen.

Preßburg liegt eine knappe Eisenbahnstunde von Wien entfernt an der Donau.

Der Hofdichter der Republik.

Edmund Rosand.

In der bürgerlichen französischen Republik, die auch diesen Krieg glorreich zu überleben scheint, sind die Traditionen der Bergamtheit immer stark lebendig geblieben. Nicht bloß die pompösen Rituale dienen dazu, den äußeren Prunk des Militärs und der Zivilisten weiter zu empfinden. Was tief in das geistige und kulturelle Leben hinein war dieses Bürgerturnen und Fortschritt des alten Systems. Man hatte (nach den deutschen Siegen) das Hofsystem gestürzt, aber die Sehnsucht nach seinem Glanz und Schimmer, die Freude an der Repräsentation, des Kultus der nationalen Vergangenheit pulste weiter in den Werten der Republik. Frankreich war überglücklich, als es im Dezember 1897 endlich wieder seinen Nationaldichter proklamieren konnte. Man hatte zwar keinen Hof mehr, aber Rosand besaß alle die Funktionen eines Hofdichters: in rauschenden Strophen sang er den Hymnus des alten Frankreichs.

Das Glück, das ihn den Weg zum Triumph bahnte, war sein Gedicht „Cyrano de Bergerac, die Verherrlichung des draubühnen Sängers und Kriegers, der einer heptischen, profitierbaren, aber in Revanchebestimmung und geistiger Oede verfallenen Nation als nationales Ideal erschien. Das bürgerliche Frankreich wurde aus Eitel vor der Gegenwart, die so nichts Begeisterndes hatte, wieder einmal romantisch. Im Kultus einer heroisierten Vergangenheit suchte und fand man die Kaufstimme, deren man so dringend bedurfte.

Rosand (als Sohn eines reichen und kultivierten Bürgers am 1. April 1868 in Marseille geboren) hatte es verstanden, einer heillosen Zeit und einer im Wirtung befindlichen Gesellschaft einen Geist zu schenken, der die glänzenden Eigenschaften einer freimüthigeren Zeit zu verkörpern schien. In seine Verse schoben sich in seinem Leben Kaufleute und wichtigen Poeten, der alten nationalen Charakteristika schmeichelte, gar eine Verherrlichung der französischen Nation. Wir haben in Deutschland die künstlerischen Qualitäten des Charos nachsprühen können (Gulda hat das schwer zu übersehende Bild gemalt), und Rosand war der vollendetste Gestalt. Der Gedanke des Verles, der vom des geistlichen Temperaments hat auch und befreit. Der feingedichtete Wis funktelle, die Ränke des Wortartikler Merkzeiten — aber die rhetorische Prodigatfabe war weichtlich Malise.

Rosand genoss alle Ehren und Auszeichnungen des verdienstlichen Hofdichters. Seine früheren — harnlose Verse wurden nun populär. Das Jahr 1900 bringt eine neue Verkörperung der Bergamtheit: den „jungen Adlar“, eine freiwillig aufgenommene Verherrlichung des Napoleonkultus. Das große Werk, das die ganz disziplinlos urteilenden Nationalkompeten von ihm erschaffen, kam nicht. Das hohe Lied auf Frankreich, das das merkwürdige Tierdrama „Chanteller“ sein sollte, erfüllte nicht mehr die hohe-

Untersuchung über die Schuld Bulgariens am Kriege.

Amsterdam, 3. Dezember. (Telunion.) Wie die „Times“ aus Sofia erfährt, ist eine offizielle Kommission ernannt worden, die eine Untersuchung anstellen soll, damit sämtliche bulgarischen Bürger, welche während der Regierung Nadoilawows Deutschland politische und andere Dienste leisteten, zur Verantwortung gezogen werden können.

Der Schaden der Industrie Belgiens.

6 1/2 Milliarden Frank.

Brüssel, 3. Dezember. (Havas.) Der Hauptausfluß für die Industrie schädte den durch den Krieg bewirkten Schaden der belgischen Industrie auf Grund einer ersten Untersuchung auf 6560 Millionen Frank.

Konstantinopel unter der Herrschaft der Sieger.

Aus Konstantinopel wird gemeldet, daß die türkische Presse in der Befehung der Hauptstadt durch alliierte Truppen eine unnötige Härte sieht. Die öffentliche Meinung steht auf dem Standpunkt, daß der Waffenstillstandsvertrag von der türkischen Regierung nicht unterschrieben worden wäre, wenn man sich über seine volle Bedeutung klar gewesen wäre. Die Ausschiffung und Einquartierung der Truppen könne nur in Uebereinstimmung mit der türkischen Regierung erfolgen. Die Türkei sei zwar besetzt, sei aber nicht feige unterlegen, so daß sie eine derartig erniedrigende Behandlung nicht verdiene.

Tschechische Truppen an der bayerischen Grenze.

Die Telegramm-Kompagnie meldet aus Nürnberg: In dem reichsdeutschen Teil des Böhmer Waldes treffen täglich Flüchtlinge aus Deutsch-Böhmen ein, die mitteilen, daß eine tschechische Offensiv gegen die unmittelbar an der bayerischen Grenze gelegenen Orte in vollem Gange sei. Abteilungen tschechoslowakischer Truppen sollen von Böhmisches Böhren, eine Stunde von der Grenze entfernt, Besitz ergriffen haben.

Die Behandlung der Gefangenen in Deutschland.

Zeugnisse der Kriegsgefangenen.

Angeichts der Treibereien in der feindlichen Presse hinsichtlich der Kriegsgefangenenbehandlung in Deutschland darf mit Genugtuung verzeichnet werden, daß die französisch-schweizerischen, deutsch-feindlichen Blätter bei der Durchkreife amerikanischer Gefangener einstimmig feststellten, daß es ihnen in Deutschland nicht schlecht ergangen ist. „Journal de Genève“ und „Tribune de Genève“ schreiben, daß die Gefangenen sich nicht über die Behandlung in Deutschland beklagten. Die „Lausanner Revue“ rühmt ihr ausgezeichnetes Aussehen.

Bojkottabsichten gegen Deutschland.

Agitation britischer Seeleute.

Holländisch Neuwisbureau meldet aus New York: Es trafen hier Vertreter des britischen Matrosenverbandes ein, die versuchen wollen, die amerikanischen Seeleute zu bestimmen, daß sie den Boykott Deutschlands mitmachen. Sie wünschen, daß die Amerikaner sich mit den britischen Seeleuten solidarisch erklären und es ablehnen, deutsche Häfen zu besuchen und mit deutschen Matrosen auf Schiffen zu arbeiten.

Der britische Matrosenverband hat sich schon während des Krieges durch erbitterte Feindschaft gegenüber allem, was mit dem deutschen Namen verbunden war, bemerkbar gemacht.

spannten Erwartungen. Der Hofdichter, der wie ein Grandseigneur die gesellschaftliche Repräsentation betriebe und in allen Augenblicken seiner Klasse Vorbild zu sein strebte, wurde allgemein der bloße Platinhaber, der vom Ruhme seiner Vergangenheit lebte. Die junge Generation, die ernstere Dinge erfüllten, war ihm längst entfremdet. Aber nun, da er auf seiner fürstlichen Besitzung am Fuße der Pyrenäen an den Folgen der Grippe gestorben ist, wird sein bereits erloschener Glanz noch einmal erstrahlen. Das streiche imperialistische Frankreich wird dem Gedächtnis seiner Schicksale eine stolze Totenfeier werten, ehe es davon geht, sich an der Deute zu überlassen. Wer aber in Frankreich seinen Sinn für wirkliche nationale und persönliche Größe bewahrt hat, wird fortwährend in Rosand den dekorativen Repräsentanten einer Kunst zu sehen, die historischen Blunder bergleich zu befehlen vermag. Der wahre Nationaldichter wird immer ein Dichter der Menschheit sein, Rosand war ein stolzes erplänzendes Meteor, dem nur die Stunde, aber keine Ewigkeit winkt. S. D. Döschel.

Die erste deutsche Nationalversammlung.

Die erste deutsche Nationalversammlung, deren Mitglieder am 18. Mai 1848 unter Beschützer und Glodengläute in die Frankfurter Paulskirche einzogen, hatte die Aufgabe, mitten in dem Zusammenbruch des Deutschen Bundes und seiner Staaten alle zukunftsreichen und tatkräftigen Elemente zur Begründung eines neuen Deutschen Reiches zusammenzufassen. Die Aufgabe, die Einzelheiten der Wahl zur Nationalversammlung genau festzulegen, fiel dem Vorparlament zu, das sich am 30. März 1848 in Frankfurt am Main versammelte. Bevor von diesem Parlament die Wahlen zur Nationalversammlung ausgeführt wurden, mußten erst die folgenden Fragen beantwortet werden: 1. Welche Bundesgebiete sollen in der neuen Bundesverfassung vertreten sein? 2. In welchem Verhältnis soll die Zahl der Volksvertreter zu der Bevölkerung stehen? 3. Welche Wahlart ist anzunehmen? 4. Wo? 5. Wann soll die konstituierende Versammlung sein? Ueber diese Fragen entwickelte sich nun eine ausgedehnte Diskussion. So erregte es bei der Behandlung des ersten Punktes allgemeinen Jubel, daß auch Schleswig-Holstein seine Teilnahme an der Nationalversammlung forderte. Bei dem zweiten Punkte, auf wieviel Seelen ein Vertreter kommen solle, einigte man sich dahin, daß 50 000 Wähler einen Abgeordneten ins Parlament schicken sollten. Sodann wurden allgemeine Stimmrecht und unmittelbare Wahlen festgesetzt. Im Zweifel war man sich, von welchem Alter an man wahlberechtigt sein sollte. Der erste Antrag verlangte, daß wahlberechtigt und wählbar jeder Deutsche sei, welcher in einem zu Deutschland gehörigen Staate Staatsangehöriger und 25 Jahre alt ist. Dagegen erhob sich aber der bekannte Naturforscher Karl Vogt aus Gießen und trat für das Recht der Jugend ein. „21 Jahre sei das höchste Alter, welches er einräumen könne“, sagte er. „Mit 17 oder 18 Jahren kämen ja die jungen Leute schon auf die Unwissenheit, und diese

Der neue Wiener Gemeinderat.

Wien, 3. Dezember. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Heute trat der neue Wiener Gemeinderat zusammen, der provisorisch bis zur Neuwahl dahin gestaltet wurde, daß ihm 84 Christlich-sozialen, 60 Sozialdemokraten und 21 Deutsch-Freiwirtschaftliche angehören. In jeder Fraktion sitzen auch Frauen, bei den Sozialdemokraten 5; zusammen gehören 12 Frauen dem Gemeinderat an. Unser Genosse Jakob Neumann wird zum 1. Vize-Bürgermeister und 10 andere Genossen werden zu Stadträten gewählt werden.

Ein Manifest Maxim Gorkis.

Einem Rundschreiben der „Kosla“ zufolge hat Maxim Gorki ein Manifest an die ganze zivilisierte Welt gerichtet, worin er sich mit Schärfe gegen die Einmischung der Entente in die inneren Angelegenheiten Rußlands ausdrückt.

Die Teilung Ungarns.

Befehung 26 ungarländischer Komitate durch rumänische Truppen.

Budapest, 3. Dezember. In der gestrigen Sitzung des vorgestern gewählten rumänischen Nationalrats in Karlsburg wurde mitgeteilt, daß innerhalb der letzten 2 Wochen rumänische Truppen jene 26 Komitate besetzen werden, auf welche die ungarländischen Rumänen Anspruch erheben. Bis dahin dürfte die Verwaltung dieser Gebiete eine besondere rumänische Regierung mit dem vorläufigen Sitz in Hermannstadt bilden.

Verschärfung der Blockade.

Berlin, 3. Dezember. Ueber die nachgesuchte Milderung der Waffenstillstandsbedingungen zur See ist eine Antwort von Admiral Beatty eingegangen. Eine Milderung der Bestimmungen betreffend Handelschiffahrt und Fischerei in der Ostsee tritt vorläufig nicht ein.

Das bedeutet eine Verschärfung der Blockade, weil bisher die englische Flotte unseren Handel und unsere Fischerei in der Ostsee nicht zu stören vermochte.

Die Verluste des U-Boot-Krieges.

Laufungs Nachenschaft.

Washington, 2. Dezember. (Reuter.) Lansing hat den amerikanischen Staatsangehörigen empfohlen, der Regierung binnen 30 Tagen mitzuteilen, welche Verluste sie durch den U-Boot-Krieg an Ladungen oder persönlichen Gütern, die nicht oder nur teilweise versichert waren, erlitten haben, ohne Rücksicht darauf, ob es sich um amerikanische oder ausländische Schiffe handelt.

Tagung der Frontsoldatenräte.

Zweiter Tag.

Sag Ems, 2. Dezember. Deutscher Schneider (Armeekorps) erklärt: Die Kameraden wollen sich hinter die Regierung stellen und durch einseitige Auffassung die Einheit des Reiches schützen. Sie sind sich auch bewußt, daß unter den neuen Verhältnissen die teilweise Sozialisierung notwendig sein wird. Im übrigen erstreben wir nach wie vor eine Beteiligung bei dem Berliner Vollzugsausschuß, die der Bedeutung des Frontsoldaten entspricht.

Ein Vertreter der 8. Armee führt aus: Wir wollen den Berliner Vollzugsausschuß unterstützen, aber nicht mehr. Der Sprecher der 8. Reservebrigade erklärte: Da am 18. Dezember der Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte zusammentritt, halte ich die Wahl eines Zentralrates der Soldatenräte für überflüssig. Wir gehören jetzt der Heimat und haben kein Recht mehr, Sonderinteressen für uns in Anspruch zu nehmen. Dagegen halten wir die Verstärkung des Berliner Vollzugsrats um 5 Mann für notwendig.

Der Sprecher der 14. Infanteriedivision sagte: Die Regierung hat sich durch die Sparta-Gruppe und den Vollzugsausschuß angestrichelt lassen. Es ist notwendig, daß dies offen ausgesprochen wird. Bis zum 16. Dezember ist noch lange Zeit, bis dahin kann noch alles Mögliche passieren. Ich halte deshalb die Wahl eines Zentralrats bei der Obersten Heeresleitung für notwendig.

Jugend habe doch wahrhaftig mehr Befähigung und Verstand mitzubringen bei der Verfassung des Vaterlandes als irgend ein anderer. Woju 25 Jahre? Er sähe auch als Physiologe nicht ein, um wieviel verstandiger man werde von 21 bis zu 25 Jahren.“ Es wurde also festgesetzt, daß jeder mit 21 Jahren wählen könne. Vom Frauenwahlrecht war damals noch nicht mit einer Silbe die Rede; jedoch mußte das von dem Vorparlament festgesetzte Wahlrecht als für die damalige Zeit sehr freibillig gekennzeichnet werden.

Die Gesamtzahl der Gewählten betrug 588. Da es festumrissene politische Parteien nicht gab und eigentlich nur der Gegensatz zwischen den Anhängern einer konstitutionellen monarchischen Oberbehörde und einer revolutionären Republik bestand, trat die Persönlichkeit der einzelnen mehr in den Vordergrund. Die Juristen waren am stärksten vertreten mit 124 Verwaltungsbeamten, 100 Richtern und 95 Advokaten. Dann kamen 104 Gelehrte. Die geringe Grundbesitz und Industrie vertreten waren, beweist die Tatsache, daß nur 84 Grundbesitzer und 13 Industrielle in der Paulskirche saßen. 18 Geistliche, 15 Ärzte, 12 Literaten und 10 Soldaten schlossen den Kreis. Die Deologen des Bürgerturns verließen dem Parlament seinen Charakter. Der Mangel an politischer Lafrast und Reife besiegelte das Geschick der ersten Nationalversammlung, die — so glänzend und reich an Persönlichkeiten sie war — schließlich in der Schand- und Verleumdung verhandelte, bis die Gegenrevolution sie vertrieb.

Notizen.

Rußland. Die Trio-Bereitigung Raper-Mahr, Wittenberg, Grünfeld, voranführt im Reichshofsaal drei Westhoben. Brahm-Abende.

Der Kunsthistoriker Paul Rée ist in Nürnberg, wo er als Professor an der Landesgewerbeschule wirkte, 60 Jahre alt gestorben. Seine Bücher über Nürnberg sind nützlich und schön, aber bedeutender sind seine Anregungen gewesen, die er Reichsde gegeben hat.

Die Nordsee wimmelt von Fischen. Aus Stagen meldet „Schiffsport“: Alle sind sich darüber einig, daß niemals seit Menschenedenken das Meer so großen Reichtum an Fischen und besonders an Heringen aufzuweisen hatte wie jetzt. Die Fischer, die aus der Nordsee kommen, berichten, daß das Meer förmlich von Fischen wimmelt. In den letzten vier Jahren ist nicht viel in der Nordsee gefischt worden. Deutschland ist dabei, einen mächtigen Fischereifleet in Wilhelmshaven zu bauen, und alles weist darauf hin, daß Deutschland und England sich mit allen Kräften rühen, um an den Reichtümern des Meeres teilzunehmen.

Gratispost in Rußland. Das russische Volkswirtschaftsamt hat am 24. November eine Verordnung erlassen, nach der Briefe bis zum Gewicht von 15 Gramm und Postkarten frei befördert werden. Auch für solche Briefe und Postkarten, die unfrankiert aus dem Ausland einlaufen, braucht kein Porto bezahlt zu werden. Die russische Regierung beabsichtigt, auch anderen Regierungen vorzuschlagen, daß sie die gleiche Reform einführen.

Der Sprecher der 10. Armee bemerkt: Ein besonderes Verlangen gibt mir Veranlassung, für die Wahl eines Centralrats bei der Obersten Heeresleitung zu sein. Es handelt sich um ein Flugblatt, das von der Obersten Heeresleitung herausgegeben

wurde. Es ist unglaublich, daß etwas Derartiges unter den Augen des Soldatenrats bei der Obersten Heeresleitung geschehen konnte. Der reaktionäre antisemitische Inhalt des Flugblattes ist jeder Beschreibung. Etwas Derartiges darf nicht an die Truppen gelangen. Wenn die Juden gut genug waren, um an die Gräber zu gehen und mit ihrem Leben das Vaterland zu verteidigen, so müssen sie auch jetzt gut genug sein, um bei dem neuen Aufbruch zu helfen. (Das Flugblatt wird verlesen.) Ein Antrag auf Heberung zur Tagesordnung als Demonstration gegen den Verfasser des Flugblattes wird einstimmig angenommen.

Reichstagsabgeordneter Siebel: Ich konstatiere, daß das Flugblatt nicht von der Obersten Heeresleitung stammt. Es kommt mir sehr seltsam vor, daß die Armeeabteilung B. Ich mache gleichzeitig darauf aufmerksam, daß der Kaiser in dem zweiten gleichartigen Flugblatt einen Teil des Textes, wie er in dem ersten Flugblatt nicht, aufgelassen hat. Im übrigen handelt es sich um den Mißbrauch des Namens des Reichsmarschalls v. Hindenburg. Wir werden den Kaiser zur Rechenschaft ziehen. (Unterzeichnet ist das Flugblatt nur mit v. Hindenburg.)

Der Sprecher der Armeeabteilung A: Die Männer in der heimlichen Arbeiter- und Soldatenräte und dem Berliner Volksaufstand sind nicht die arbeitsfähigen Jungen, als die sie und hingestellt werden. Es sind meistens Leute, die in der Partei und im gewerkschaftlichen Leben schon seit vielen Jahren ihren Lohn gekostet haben und denen wir vertrauen können. Es ist ganz falsch, wenn mit dem Wort „Trübsener“ geteilt wird.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. Der Reichstagsabgeordnete des Soldatenrats bei der Obersten Heeresleitung: Als der Kaiser sich in Deutschland nicht mehr sicher fühlte, begab er sich zu der Obersten Heeresleitung in Spa. In seinem persönlichen Schutze wurden junge Truppen, Rinenwerker, Flammenwerfer und sonstige veraltete Formationen zusammengezogen. Die Leute hatten auch den Willen, den Kaiser zu verteidigen. Die älteren Lehren aber, die ein Vaterland ehren verhindern wollten, mühten die jungen Kameraden für ihre Heberung und für die Bildung des Soldatenrats zu gewinnen. Nun legen wir gern unser Mandat in ihre Hände zurück. Am liebsten haben wir uns nie als Feinde der Soldatenräte des Reiches betrachtet, sondern nur als Soldatenrat bei der Obersten Heeresleitung.

Es wird einstimmig beschlossen, daß der Soldatenrat bei der Obersten Heeresleitung sein Amt weiterbehält. In Vorbereitung der Maßnahmen von Offizieren sowie Geheimbeamten aus der letzten Zeit, in denen die Eignung gewisser unzuverlässiger Offiziere vom Dienste verbannt wird, wurden dem Soldatenrat der Obersten Heeresleitung zur Erledigung überwiesen.

Das in den Debatten mehrfach zitierte Flugblatt enthält eine große Reihe von Punkten, die sich fast gegen die Spartakusgruppe, das gegen die Unabhängigen, das gegen die „Radikalen“ schließlich wenden. Punkt 8 lautet beispielsweise:

Tascher muß das Heil der jetzigen Regierung führen. Sollte sie gescheitert werden, so muß es die bürgerlichen Elemente wieder zur Herrschaft bringen, es muß Ordnung und Freiheit wieder in der Heimat aufbringen, es muß die radikalen Elemente beseitigen, damit wir Frieden bekommen und es muß bolschewistisches Unheil und Elend von der Heimat abwenden.

Die Behauptung, die jetzige Regierung zu führen, soll also nur ein Vorwand sein, um wieder eine bürgerliche Regierung an die Macht zu bringen. Es muß verlangt werden, daß gegen die militärische Stelle, die das Flugblatt in Umlauf gebracht hat, auf das allerenergischste eingeschritten wird.

Der Reichstag ist erledigt.

Die Regierung an Fehrenbach.

Die Reichsregierung hat folgendes Telegramm an den Reichstagspräsidenten Fehrenbach auf dessen Protest gerichtet: Ihre staatsrechtliche Auffassung ist unbegründet. Alle Zivil- und Militärbehörden erkennen mit Recht an, daß die gesetzgebende Gewalt beim Rat der Volksbeauftragten ruht. Wir waren deshalb zu den von uns getroffenen Maßnahmen befugt und halten sie aufrecht.

Ebert, Coole.

Herr Fehrenbach hätte sich diese Belehrung ersparen können, wenn er sich die einfache Wahrheit zu eigen gemacht hätte, daß Revolutionen ihr eigenes souveränes Recht haben. Der Reichstag ist erledigt. Das nächste Parlament ist die gesetzgebende Nationalversammlung.

Vollversammlung der Soldatenräte Groß-Berlins.

Das Bureau der Soldatenräte Groß-Berlins beruft eine Vollversammlung für Donnerstag, den 5. Dezember 1918, nachmittags 3 Uhr, im Großen Sitzungssaal des Reichstages ein. Tagesordnung: 1. Bericht des Bureaus, 2. Kriegerheimstätten (Antrag Dolmeischer), 3. Teilbericht des Lebensmittelausschusses, 4. Ersatzwahlen zum Volkskongress, 5. Aufsichtswahlen, 6. Befähigung und Aufwandsentschädigung der Soldatenräte, 7. Anträge.

Liebknecht prophezeit blaue Wunder.

Er ist der Herr von Berlin.

Unser Dortmunder Parteiblatt, die „Westf. Allg. Volkszeitung“, berichtet über eine gebotene Sitzung der Dortmunder Spartakisten, in der darüber beraten wurde, wie man die Partei der Unabhängigen freizugeben und sich ihrer Parteifläche bemächtigen könnte. Einen Teil dieses Plans bildete eine Liebknecht-Versammlung in Dortmund, deren Veranstaltung ein Sendbote nach Berlin geschickt wurde. Dieser berichtete nun, Liebknecht habe ihm gesagt, daß er in Berlin die tatsächliche Macht in Händen hätte; die Soldaten würden geschlossen hinter ihn, und in einigen Tagen werde man blaue Wunder erleben. Die bolschewistische Welle würde in den nächsten Tagen von Berlin aus nach dem Niederrhein und in das Industriegebiet schlingen und alles hinwegfegen.

Was sich ihm entgegenstellte, versammelten er! Nur zeigen die Soldaten gar keine Reue, der Berliner Bevölkerung einen Herrscher aufzuzwingen, den sie durchaus nicht haben will. Man veranlaßt doch eine Volksabstimmung in Berlin, da kann Liebknecht sein „blaues Wunder“ erleben!

Keine Standgerichte.

Der Rat der Volksbeauftragten hat gegenüber einigen Anträgen beschlossen, die Einsetzung von Standgerichten zur Aburteilung bestimmter Arten von Verbrechen abzulehnen. Gemeindefürliche Verbrechen sind von den zuständigen Behörden mit größter Beschleunigung zur Abhandlung zu bringen, aber im Rahmen des ordentlichen Verfahrens. Wer die Gerechtigkeit durch eine strafbare Handlung gefährdet oder schädigt, soll rasch mit der verdienten Strafe belegt, aber sein entgegengesetztes Recht nicht entzogen werden.

Die Schwerindustrie zählt nicht mehr!

Waffensterben in der alldeutschen Presse.

Wie wir von gutunterrichteter Seite erfahren, beschäftigen die „Berliner Neuesten Nachrichten“ und der „Deutsche Kurier“, zwei Blätter, die in Berlin die schwerindustrielle Politik vertreten, sich mit der freikonservativen „Post“ zu fusionieren. Auf jeden Fall werden diese Zeitungen ihre Besitzverhältnisse wechseln. Der Grund scheint darin zu liegen, daß die Schwerindustrie das Geld für diese Blätter nicht mehr geben will. Das Personal der Blätter ist zum größten Teil gekündigt worden. Auch die Kontrolle der Schwerindustriellen Presse, der Verleger, Punkt 6, soll eine Umänderung erfahren.

Eine neue Zeitung „Die Republik“ ist von Wilhelm Herzog, dem bekannten sozialistischen Schriftsteller, gegründet worden und am Dienstag erstmalig zur Ausgabe gelangt. Die neue Zeitung kämpft für die Sicherung der Revolution, für die Internationale und die Menschlichkeit.

Soldatenkundgebung in Breslau.

Gegen jede Diktatur!

Breslau, 3. Dezember. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) 20 000 Soldaten der Preussischen Garnison nahmen an einer Massenversammlung in der Breslauer Jahrhunderthalle ihre Treue zur Regierung Ebert-Scheidemann. Sie protestierten zugleich gegen jede Diktatur, ganz gleich, ob sie von oben oder unten ausgeht. Nach der Versammlung zogen die Soldaten unter Vorantritt mehrerer Militärkapellen in einem riesigen Zuge in den sich viele rote Fahnen befanden, durch die Hauptstraßen nach dem Schloßplatz, wo der Zug der Demonstranten auseinander ging.

Die Zensur der Arbeiter- und Soldatenräte.

Spartakistische Oberkommandos.

Die Arbeiter- und Soldatenräte in mehreren Orten haben sich leider zu einer Heberung ihrer Befugnisse gegenüber den Zeitungen hinreichend lassen. Sie haben den vorrevolutionären Gewalthabern auch den Zensur abgedrückt und gefährden die Freiheit der Presse und der öffentlichen Meinungsbildung. Davon sollten sie aber im Interesse des Ansehens der Revolution die Finger lassen. Was wir früher bekämpft haben, die Anhebung des freien Wortes, muß auch heute noch bekämpft werden. Jede Zensur der Presse ist unwürdig und schadet in erster Linie dem Zensur. Nach dem Eingriff des Arbeiter- und Soldatenrates in Halle in die „Sozialzeitung“ liegen jetzt Nachrichten vor, daß der Arbeiter- und Soldatenrat in Düsseldorf eine Zensur über die „Düsseldorfer Nachrichten“ ausübt. Nehaltes wird auch an Schwerin gemeldet.

Solche Zensurmaßnahmen sind nicht nur verabscheuenswürdig, sondern auch dumm. Die geistigen Arbeiter der Presse sind keine Kapitalisten und an der Erhaltung des Kapitalismus nicht interessiert. Unterstützen wir sie im Kampf um ihre freie Meinungsbildung gegen kapitalistische Verleger! Solche Arbeit wird Früchte tragen, die Nachahmung reaktionärer Gewaltmethoden aber schädigt und schändet die Revolution.

Neuordnung des Funkdienstes.

Gestern fand eine Konferenz der beteiligten Behörden statt, die beschloß, einen Organisationsausschuß zur Neuordnung des deutschen Funkdienstes einzusetzen, der über die Zusammenfassung und die Aufgaben der zu gründenden Zentralfstelle sowie über deren Zusammenarbeiten mit den anderen Behörden die grundlegenden Vorarbeiten zu entwerfen hat. In den Ausschuß senden folgende Stellen ihre Vertreter: Zentral-Funkleitung, Kriegsministerium, Reichsmarineamt, Reichspostamt, Auswärtiges Amt, Reichsfinanzamt. Die Reichsregierung und der Volkskongress behalten sich vor, je einen Vertreter in den Ausschuß zu entsenden. Der Ausschuß erhält den Auftrag, seine Arbeiten unverzüglich aufzunehmen und das Ergebnis den beteiligten Behörden möglichst bald mitzuteilen. Zur Prüfung dieses Ergebnisses wird die Reichsregierung eine neue Beratung anberaumen.

Ja, wir haben die Kredite bewilligt!

Geichtsfälschung oder Legendenbildung?

Die Darstellung unserer politischen Haltung während des Krieges, die wir im Leitartikel des gestrigen Morgenblattes gegeben haben, wird von zwei Seiten lebhaft angefochten. Die „Kreuzzeitung“ nennt sie eine „Legendenbildung“ und meint, wir hätten durch unsere Kritik und unsere Friedensarbeit den Siegeswillen des Volkes untergraben und unsere Parteigrundsätze über die Notwendigkeiten des Vaterlandes gestrichelt. Die „Freiheit“ dagegen berichtet, wir hätten uns einer „Geschichtsfälschung“ schuldig gemacht, denn die Abstimmung des 4. August (die die jetzigen Unabhängigen mitmachten) sei ein Verrat an den sozialistischen Grundsätzen gewesen und wir hätten „alles getan, was die Kriegstreiber nur wünschen konnten“. (Wer fälscht da die Geschichte?)

Die „Freiheit“ entwirft eine gräßliche Karikatur unserer Politik, indem sie unmögliche Behauptungen einzelner der ganzen Partei in die Schuhe schiebt. Wir glauben jedoch, daß auch manchmal von Unabhängigen Dumheiten gemacht werden, über die man sich in der Redaktion der „Freiheit“ die Haare rauft. Den Kern des nummehr historisch überwundenen Streits deckt die „Freiheit“ aber auf, indem sie schreibt: Niemand, der das alte System kannte, konnte nur einen Moment lang im Zweifel sein, daß der siegreiche deutsche Militarismus die Welt als willkommenes Beute behandelt, daß er im Innern eine neue Zwingherrschaft errichten werde. Sein Sieg hätte Deutschland in eine Hochburg der Reaktion verwandelt und alle übrigen Staaten zu einem Machbund vereinigen müssen. Es lag nicht an den Rechtssozialisten, daß es anders gekommen ist.

Da liegt der Weg offen! Wir hatten das Vertrauen zur Kraft der deutschen Arbeiterbewegung, daß sie den Mißbrauch eines deutschen Sieges — der bei den gegebenen Machtverhältnissen immer nur ein Abwehrsieg werden konnte — schließlich dennoch innen und außen verhindern würde. Doch es „anders gekommen“, daß Deutschland geschlagen worden ist, das lag wirklich nicht an uns „Rechtssozialisten“, das haben wir wirklich nicht gewollt, und darum haben wir die Kredite bewilligt!

Aufhebung der Gutsbezirke.

Wie die SPD hören, werden die Arbeiten zur Aufhebung der Gutsbezirke in Preußen im Ministerium des Innern sehr beschleunigt. Es handelt sich um 14 000 Gutsbezirke, die außerhalb jeder Gemeindeverfassung stehen und in denen der Gutsbesitzer bisher souverän schloß.

Keine Mischmaschpartei.

Demokratische Partei und Linksliberale.

Unsere gestrigen Ausführungen über den Zusammenschluß der beiden liberalen Strömungen haben das Vertrauen der sozialistischen Presse erregt. Das „D. Z.“ meint, wir täten gut, abzuwarten, dann würden wir bald sehen, daß Herr Stresemann und die ihm gleichartigen Politiker nicht oben auf sind und daß Herr Fuhrmann und seine Freunde der Deutschen demokratischen Partei nach wie vor nicht angehörend werden. Ebenso behauptet die „Post“, daß der Deutschen demokratischen Partei nur Mitglieder würden angehören können, die „ihrem demokratischen und sozialen Programm in Wort und Tat zustimmen“. Für die Fuhrmann-Gruppe sei selbstverständlich kein Platz in dieser Partei. Gleichzeitig kündigt aber die „Post“ eine scharfe Scheidung der Geister nicht nur gegen rechts, sondern auch gegen links an.

Wir verziehen den Unmut der genannten Blätter durchaus. Aber sie mühten sich doch nicht darüber täuschen, daß die Situation der Demokratischen Partei etwa folgender ist: Von einer entsetzlich langweiligen Gesellschaft, in der aufgeschlossene Schwächer das Wort führen, sondern sich ein paar Vernünftige ab und geben sich ins Nebenzimmer, wo sie ein interessantes Gespräch anfangen. Unter den Zurückgebliebenen merken ein paar, daß es da drüben bedeutend unterhaltamer zugeht und folgen den ersten, und so wandert nach und nach die ganze Gesellschaft ins Nebenzimmer, am Schluß die aufgeschlossenen Schwächer, um im andern Raum weiter die Gesellschaft in Entsetzen zu jagen. Man ist in ein anderes Zimmer gegangen, aber sonst ist alles beim alten geblieben. Sollte wirklich der sozialliberale Flügel der Nationalliberalen draußen geblieben sein, so ist damit noch nicht getan, es bleibt noch das große Meer der sonstigen „Linksliberalen“. Wie steht es z. B. mit Herrn Bohmann und seinen Gesinnungsfreunden vom nationalliberalen Zentrum, die noch vor wenigen Monaten im Preussischen Abgeordnetenhaus einen erbitterten Kampf gegen das gleiche Wahlrecht führten und wo sind Wiener und Kopsch geblieben?

An alle Prinzen und Prinzessinnen!

Ein Aufruf des Prinzen Heinrich.

Obwohl die „Kreuzzeitung“ das Motto „Mit Gott für König und Vaterland!“ längst von ihrem Kopf gestrichelt hat, veröffentlicht der Bruder des ehemaligen Kaisers in ihr folgende „Kundgabe an alle Familienmitglieder des königlich preussischen Hauses“: Durch den Erlass unseres Königs vom 28. November 1918 sind alle Beamten des Deutschen Reiches und Preussens sowie alle Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften des Heeres und der Marine ihres Treueides entbunden.

Formell sind also auch wir in Offizier- oder Beamtenstellen befindlichen Angehörigen des preussischen Königshauses von diesem Treueid entbunden.

Nicht nur steht es einem jeden frei, sich im Staatsdienst nach besten Kräften zu betätigen, sondern wird dies zur Pflicht gegen das Vaterland, das uns geboren, und dem wir mit vollster Hingabe bis auf den heutigen Tag dienen; auch handeln wir im Sinne unseres Königs, welcher in seinem Thronverzicht vom 28. November ausdrücklich auf eine Mitarbeit zum Wohle unseres Volkes hindeutet.

Als Senior der zurzeit in Preußen und dem Reich wohlhabenden Mitglieder des preussischen Königshauses erkläre ich hiermit, daß trotz der Neuordnung im Reich und in Preußen, welche ich unter dem Druck der Verhältnisse anerkennen muß, ich beiseite sein werde, einer geordneten, geschäftsmäßigen und verantwortungsvollen Regierung zur Erlangung erträglicher Verhältnisse zu helfen, daß ich aber andererseits mich persönlich bis an mein Lebentage an die Person unseres Königs als gebunden erachte, alles tun werde, was in meinen Kräften steht, um Schaden von ihm abzuwenden, ihn als mein alleiniges Familienoberhaupt respektvoll anerkenne.

Indem ich diesen meinen Standpunkt allen Mitgliedern des königlich preussischen Hauses hiermit zur Kenntnis bringe, erhebe ich von diesen eine gleiche Gesinnung.

Gertzenhaus Hemmelmar bei Gernsdorfe, 1. Dezember 1918.

Heinrich, Prinz von Preußen, Großadmiral.

Da bei dem gegenwärtigen Umsturz der Zeitverhältnisse manche der hier Angerufenen vom Abonnement der „Kreuzzeitung“ zu dem des „Vorwärts“ übergegangen sein möchten, bringen wir Obiges zur Kenntnis.

Bund der Kriegshinterbliebenen. In Frankfurt a. M. soll eine Organisation der Kriegshinterbliebenen gegründet werden. Zu diesem Zweck beruft die Ortsgruppe des Reichsverbandes der Kriegshinterbliebenen eine Versammlung der Kriegserwitwen und aller Kriegshinterbliebenen ein.

Letzte Nachrichten.

Wahlmanifest der englischen Sozialisten.

Paris, 3. Dezember. Holländisch-Niederländische Medien aus London: Die unabhängige Arbeiterpartei, die britische sozialistische Partei und die sozialdemokratische Arbeiterpartei haben zusammen ein Wahlmanifest herausgegeben, worin sie die britischen Arbeiter ermahnen, ihre eigenen Interessen zu wahren, indem sie die gemeinsamen Interessen der internationalen Demokratie in Schutz nehmen.

Der Raubmörder aus der Grenadierkassette festgesetzt, aber noch nicht ergriffen.

Der wiederholt in der Presse erwähnte, an dem Handelsmann Josef Müller am 7. September d. J. in seiner Wohnung verübte Raubmord — es handelte sich damals um die Leiche im Koffer — hat durch die wochenlangen, äußerst schwierigen Ermittlungen der Kriminalpolizei nunmehr zu dem Ergebnis geführt, daß der Täter festgesetzt werden konnte. Seine Ergreifung ist bis jetzt noch nicht gelungen.

Als Mörder kommt der Arbeiter Johann Jidor Maul, am 4. April 1890 zu Neuhäusel, Kreis Deulich i. O.-Schl., geboren, in Frage. Es handelt sich um einen Menschen, der nach seinem Strafregister alle Gänge Deutschlands bereist hat. Soweit bekannt geworden, hat er die Namen Hermann Handwald, Max Kühn und Wolfsohn geführt. In Birnen- und Verbröckelstein ist er unter dem Spitznamen Polnischer Herrmann, Karl Stromer, Steintner Speckmann oder Speckfisch bekannt.

Maul ist 1,65 groß, dreifachfüßig, hat blondes Haar, fast glanzlose, bartlos, ovales Gesicht von gesunder Farbe, hohe Stirn, blaue Augen, mittelgroße etwas eingedrückte Nase, nach vorn geneigte Haltung und schiefenden Gang.

